

„Nicht dramatisch“

Deutsche Politiker geben sich in der Debatte über die Abhängigkeit von russischem Gas unaufgeregt

Von Nikolas Busse

SCHLANGENBAD, 1. Mai
„Verträge werden nicht mit dem Wahltag über Bord geworfen“, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Mützenich über das deutsch-russische Verhältnis – Weltanschauungen auch nicht, möchte man nach den neunten Schlangenbader Gesprächen hinzufügen, bei denen er sprach. Der Verlauf dieses deutsch-russischen Meinungsaustauschs, der von der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung veranstaltet wird, zeigte, wie unvorbereitet die jüngsten Verstimmungen über Gas- und Öllieferungen die politischen Eliten in beiden Ländern getroffen haben. Vor allem die Deutschen wissen bis heute nicht, ob sie die Machtdemonstrationen des Kremls als Gefahr oder Theater bewerten sollen.

Mützenichs Bemerkung bezog sich auf die geplante Ostsee-Pipeline. Nach dem „Gaskrieg“ zwischen Rußland und der Ukraine war diese teure Leitung, die Rußland erstmals direkt mit Deutschland verbinden soll, kritisiert worden, weil sie die deutsche Abhängigkeit von russischem Gas noch verstärkt. Nicht nur in dieser Frage empfahl der SPD-Abgeordnete den Deutschen aber, den „Ball flach zu halten“. Er äußerte sogar Verständnis dafür, daß russische Manager in den vergangenen Tagen ziemlich unverhohlen angedeutet hatten, ihr Land könne seine wertvollen Rohstoffe genausogut nach Asien liefern, wenn die Europäer russischen Wünschen – etwa bei der Beteiligung am Endverbrauchergeschäft in Europa – nicht nachkämen. Daß die Russen ihre Ware meistbietend verkauften, müsse man hinnehmen, so Mützenich, wenn „man sich für den Markt entschieden hat“. Offene Worte fand er dagegen bei Themen, die seit langem zum Kanon der deutschen Rußland- und Putin-Kritik gehören, wie dem Mangel an Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Der CDU-Abgeordnete Erich Fritz führte die Einheit der großen Koalition vor, auch

wenn er leicht andere Akzente setzte. Die Deutschen könnten nicht erwarten, daß sie im Energiegeschäft „exklusive Partner“ der Russen seien. Auch China und Indien spielten eben eine immer größere Rolle. Im übrigen sei er froh, daß Rußland als Energielieferant ein Partner sei, „auf den man sich verlassen kann“, sagte Fritz. „Wenn es zwischendurch Irritationen gibt, dann ist das üblich, aber nicht dramatisch.“ Dem CDU-Abgeordneten schien bedenklicher, daß die hohen Einnahmen aus dem Rohstoffgeschäft in Rußland den Eindruck erweckten, als ob keine Reformen nötig seien, um das Land an die Erfordernisse der globalisierten Wirtschaft und die Veränderungen im Inneren anzupassen. Lobende Worte fand Fritz sogar für die Politik des Kreml gegenüber Iran („Ohne Rußland wäre der Atomstreit viel früher in eine Sackgasse geraten“) und Palästina („Da wir wegen Israel eine harte Haltung einnehmen müssen, ist es gut, wenn man einen Partner mit Bewegungsfreiheit hat“).

Bei so viel Freundlichkeit konnte sich die russische Seite auf ihre geostrategischen Leib-und-Magen-Themen konzentrieren und den Westen wieder einmal vor Einmischung in ihrem Hinterhof warnen.

Wjatscheslaw Nikonow, Präsident der Stiftung für die Einheit Rußlands und ein Sprachrohr Putins, bequeme sich zwar immerhin zum Eingeständnis, daß sich Gasprom im Streit mit der Ukraine „ungeschickt“ verhalten habe. Viel ernster erschien ihm aber die Möglichkeit einer Nato-Mitgliedschaft der Ukraine. Falls Kiew im Herbst eine Einladung erhalte, werde damit eine „rote Linie“ überschritten. Und eben-

so gefährlich sei, wenn der Westen einer Unabhängigkeit des Kosovos den Weg bereiten würde. „Das wäre ein Präzedenzfall für die Lösung anderer eingefrorener Konflikte“, sagte Nikonow und drohte im Gegenzug mit der Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens, Südossetiens oder Transnistriens.

Wie selbstverständlich die Russen immer noch ihre alten Einflußsphären aus dem Sowjetimperium beanspruchen, wurde im Beitrag des Duma-Abgeordneten Wladimir Ryschkow deutlich. Dieser liberale Politiker, der sonst wenig Sympathien für die Sichtweise des Kremls hat, sprach davon, daß Rußland „vitale Interessen“ in Ländern wie der Ukraine oder Georgien habe. Er erinnerte an den großen Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim und daran, daß die ukrainische Militärindustrie sehr stark in die russische integriert sei.

Nur ein junger russischer Forscher, der einmal in der Energieverwaltung seines Landes gearbeitet hat, traute sich zu sagen, warum der Gasstreit mit der Ukraine keine Kleinigkeit war: Wladimir Milow, Präsident des Moskauer Instituts für Energiepolitik, wies darauf hin, daß Gasprom gegenüber Kiew ein Tabu für Lieferanten gebrochen hatte, die als zuverlässig gelten wollen: „Gas dreht man nicht zu.“ Die Wissenschaftler waren sich aber nicht einig, wer eine größere Abhängigkeit hat: die Deutschen, die 30 Prozent ihres Gases aus Rußland beziehen, oder vielleicht doch die Russen, die im langfristig angelegten Gasgeschäft nicht über Nacht neue Kunden finden können.

Die beiden Bundestagsabgeordneten ließen am Ende doch noch erkennen, daß der Gasstreit sie nachdenklich gemacht hat. Fritz bemerkte, daß Deutschland kein Interesse habe, für einen wichtigen Energieträger eine „singuläre Bezugsquelle“ zu haben. Und Mützenich bekannte, daß er froh sei, daß in Wilhelmshaven ein Terminal für Flüssiggaslieferungen aus anderen Ländern entstehe.